



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

AK 21/15

vom

6. August 2015

in dem Ermittlungsverfahren

gegen

wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung u.a.

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nach Anhörung des Generalbundesanwalts sowie des Beschuldigten und seines Verteidigers am 6. August 2015 gemäß §§ 121, 122 StPO beschlossen:

Die Untersuchungshaft hat fortzudauern.

Eine etwa weiter erforderliche Haftprüfung durch den Bundesgerichtshof findet in drei Monaten statt.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Haftprüfung dem nach allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Gründe:

I.

- 1 Der Beschuldigte wurde aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten vom 14. Januar 2015 (349 Gs 148/15) - ersetzt durch dessen Haftbefehl vom 19. Februar 2015 (349 Gs 565/15), dieser ersetzt durch den Haftbefehl des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 9. Juli 2015 (5 BGs 116/15) - am 16. Januar 2015 festgenommen und befindet sich seitdem ununterbrochen in Untersuchungshaft.
- 2 Der Haftbefehl in der Fassung des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs erhebt den Vorwurf, der Beschuldigte, ein türkischer Staatsangehöriger, habe zwischen Mitte Juni 2013 und Ende November 2014 durch neun

rechtlich selbständige Handlungen von Deutschland aus die in Syrien bestehende Vereinigung Junud ash-Sham, deren Zwecke und deren Tätigkeiten darauf gerichtet seien, Mord (§ 211 StGB) oder Totschlag (§ 212 StGB) zu begehen, unterstützt und bei acht dieser Handlungen jeweils tateinheitlich hierzu eine Straftat nach § 211 oder § 212 StGB vorbereitet, die bestimmt und geeignet gewesen sei, den Bestand oder die Sicherheit eines Staates zu beeinträchtigen, indem er für deren Begehung nicht unerhebliche Vermögenswerte sammelt, entgegengenommen oder zur Verfügung gestellt habe; neun tateinheitliche Vergehen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, strafbar nach § 129a Abs.1 Nr. 1, Abs. 5 Satz 1, § 129b Abs. 1, § 53 StGB, in acht dieser Fälle in Tateinheit (§ 52 StGB) mit je einem Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat, strafbar nach § 89a Abs. 1, Abs. 2 Nr. 4 aF StGB.

II.

3 Die Voraussetzungen für die Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate hinaus liegen vor.

4 1. Der Beschuldigte ist jedenfalls der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (§ 129a Abs.1 Nr. 1, Abs. 5 Satz 1, § 129b Abs. 1 StGB) in acht Fällen dringend verdächtig.

5 a) Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand ist im Sinne eines dringenden
Tatverdachts von folgendem Sachverhalt auszugehen:

6 aa) Die Vereinigung Junud ash-Sham

7 Bei der Vereinigung Junud ash-Sham ("Soldaten Großsyriens") handelt
es sich um eine Gruppierung, die - soweit ersichtlich - seit August 2013 auf Sei-
ten der islamistischen Gegner des Assad-Regimes in den syrischen Bürger-
krieg eingreift. Ihr Anführer ist der Tschetschene Muslim Margoshvili alias Mus-
lim Abu Walid ash-Shishani, der über Kampferfahrung aus den russischen
Tschetschenienkriegen verfügt und zuletzt als lokaler Emir einer in Dagestan
operierenden Gruppe fungiert hatte, die dem mutmaßlich von Dokku Umarov
geführten "Kaukasischen Emirat" zuzurechnen ist. Da ihm die Rückkehr nach
Tschetschenien nicht gelang, entschloss er sich im Jahr 2012, zusammen mit
einem Teil seiner Kämpfer, überwiegend Tschetschenen, aber auch Angehöri-
ge westlicher Staaten, zur "Auswanderung" nach Syrien, um dort am Kampf
gegen das Assad-Regime teilzunehmen.

8 Im Februar 2013 trat Muslim Abu Walid in einer Videoveröffentlichung
der von Umar ash-Shishani befehligten Gruppierung Katibat al-Muhajirin in Er-
scheinung, die sich später in Jaish al-Muhajirin wal-Ansar (JAMWA) umbenann-
te. Die Veröffentlichung enthielt einen Nachruf auf Abdallah ash-Shishani, der
ein jihadistisches Ausbildungslager in der Umgebung von Latakia geführt hatte.
Muslim Abu Walid wird darin als militärischer Kommandeur der tschetscheni-
schen Brigade in Latakia vorgestellt. Zudem unterhielt Muslim Abu Walid enge
Beziehungen zu Saifullah Al-Shishani, der sich im Juli 2013 mit einer unbe-
kannten Anzahl mehrheitlich nordkaukasischer Kämpfer von Umar Al-Shishani
und der JAMWA getrennt hatte, nachdem diese sich dem ISIG zugewandt hat-

ten. Im Oktober 2013 vereinigte sich die von Muslim Abu Walid befehligte Junud ash-Sham mit Saifullah Al-Shishani und seinen Anhängern sowie mit einer Gruppierung um Abu Musa Al-Shishani zu einer einheitlichen Organisation, die zwar eng mit anderen Organisationen wie Jabhat al-Nusra (der sich Saifullah Al-Shishani bereits im Dezember 2013 anschloss) und ISIG zusammenarbeitete, aber ihre Eigenständigkeit bewahrte. So bezeichnete sich Muslim Abu Walid in einer am 30. Juni 2014 über Twitter veröffentlichten Audiobotschaft als Emir einer eigenen Gruppe, die sich schon seit zwei Jahren in Syrien aufhalte und auch Kämpfer aus Deutschland in ihren Reihen habe.

9 Ziel der Junud ash-Sham ist es, an der Seite der "Brüder" gegen die "Ungläubigen" in Syrien zu kämpfen, diese zu vernichten und in der Region einen islamistischen Gottesstaat zu errichten. Ihre Selbständigkeit will die Vereinigung dabei jedenfalls solange bewahren, bis aus den Kämpfen ein neuer Emir hervorgeht, der für die gesamte "Umma" zu sprechen legitimiert ist. Die Stärke der Organisation, die in Syrien auch ein Ausbildungslager für Jihadwillige aus aller Welt unterhält, wird derzeit auf bis zu 1.500 Kämpfer geschätzt. Im August 2013 beteiligte sich Junud ash-Sham an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen um die Hügelkette von Durin nahe Latakia. Im Februar 2014 nahm sie gemeinsam mit Jabhat al-Nusra am Angriff auf das Zentralgefängnis in Aleppo teil; an dieser Operation wirkte wiederum Ahrar al-Sham mit.

10 bb) Die Tathandlungen des Beschuldigten

11 Der Beschuldigte und der Mitbeschuldigte D. sind Anhänger einer extremistisch-fundamentalistischen Ausrichtung des Islam, die den bewaffneten Jihad als legitimes Mittel zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Errichtung eines "Gottesstaates" auf der Grundlage der Sharia betrachtet. Beide

betätigten sich in führenden Funktionen im Moscheeverein "F. " in Berlin, einer Vereinigung von Personen gleicher ideologischer Ausrichtung sowohl kaukasischer als auch türkischer Herkunft. In der Mitgliederversammlung am 21. März 2013 wurden D. zum Vorstandspräsidenten - intern "Emir" genannt - und der Beschuldigte zum Präsidenten des den Vorstand beratenden "Weisenrats" gewählt. Nach dem Verständnis der Mitglieder diente der von ihnen als "Jamaat" bezeichnete Verein in erster Linie der Unterstützung der in Syrien agierenden Vereinigung Junud ash-Sham. Vereinsmitglieder waren neben D. und dem Beschuldigten unter anderem Ö. , S. , Sa. , der am 21. März 2013 zum Mitglied des "Weisenrats" gewählt wurde A. sowie der aus Dagestan stammende K. alias At. , der als Bindeglied einerseits zwischen den kaukasischen und den türkischen Mitgliedern, andererseits zur internationalen tschetschenischen Jihadistenszene fungierte. Sa. und A. reisten im Mai 2013 gemeinsam nach Syrien aus, schlossen sich dort Junud ash-Sham an und dienten D. und dem Beschuldigten in der Folge als Kontaktleute dieser Organisation in Syrien und in der Türkei. Eine wesentliche Aufgabe sah der Verein in der Beschaffung von Finanzmitteln für Junud ash-Sham, wofür - in Absprache mit D. - der Beschuldigte verantwortlich war.

- 12 (1) Am 18. Juni 2013 veranlasste der Beschuldigte über das Geldinstitut Z. eine Überweisung von 800 € an eine Mittelsperson von Junud ash-Sham namens B. in Antakya/Türkei. B. leitete das zur Finanzierung der Aktivitäten von Junud ash-Sham bestimmte Geld absprachegemäß an Mitglieder dieser Organisation weiter.

- 13 (2) Am 10. und 11. August 2013 buchte der Beschuldigte in einem Reisebüro in Berlin Tickets für vier Flüge von Berlin-Tegel nach Adana/Türkei zum Gesamtpreis von 602 €, die er bar bezahlte. Sie waren bestimmt für die russischen Staatsangehörigen tschetschenischer Herkunft E. alias "Se. ", M. alias "H. ", Y. A. und G. , die beabsichtigten, über die Türkei nach Syrien auszureisen und sich dort Junud ash-Sham anzuschließen. Weiter erwarb der Beschuldigte am 14. August 2013 in einem Elektronikgeschäft in Berlin ein Nachtsichtgerät "Gigant" und ein Geo-Entfernungsmessgerät 4x21 für insgesamt 428 €. Am 15. August 2013 flogen die vier Genannten von Berlin nach Adana. Begleitet wurden sie von D. , vom Beschuldigten sowie von Ö. , die auch zusammen mit ihnen nach Syrien weiterreisten, dort mit A. und Sa. zusammentrafen und diesen die beiden erworbenen Geräte zum Einsatz beim bewaffneten Kampf von Junud ash-Sham übergaben. Jedenfalls "Se. " und "H. " schlossen sich unmittelbar nach ihrem Eintreffen in Syrien Junud ash-Sham als Mitglieder an; "Se. " stand dem Beschuldigten in der Folge ebenfalls als Kontaktperson für die Weiterleitung von Geldern an diese Organisation zur Verfügung.
- 14 (3) Am 10. Oktober 2013 veranlasste der Beschuldigte über die Z. die Überweisung eines weiteren Geldbetrags in Höhe von 600 € an B. , der auch dieses Geld absprachegemäß an Mitglieder von Junud ash-Sham weiterleitete.
- 15 (4) Im Februar/März 2014 bat Sa. , der zu dieser Zeit an einer militärischen Auseinandersetzung mit syrischen Sicherheitskräften zur Befreiung von Gefangenen aus dem Zentralgefängnis von Aleppo teilnahm, den Beschuldigten auf Anweisung von Muslim Abu Walid um die umgehende Beschaffung

militärischer Ausrüstungsgegenstände, so einer Wärmebildkamera, eines Abstandsmessgeräts, eines Nachtsichtgeräts und eines Zielfernrohrs. In Absprache mit D sagte der Beschuldigte darauf gegenüber Sa. die Beschaffung des Abstandsmessgeräts, der Wärmebildkamera und des Nachtsichtgeräts ausdrücklich zu.

16 (5) Am 26. August 2014 veranlasste der Beschuldigte über die Z. die Überweisung eines weiteren Geldbetrags in Höhe von 2.000 € an B., der auch dieses Geld absprachegemäß an Mitglieder von Junud ash-Sham weiterleitete.

17 (6) Am 22. September 2014 bewirkte der Beschuldigte über W. die Überweisung von 2.000 € an den sich zu dieser Zeit in der Türkei aufhaltenden "Se", um damit zur Finanzierung der Aktivitäten von Junud ash-Sham beizutragen.

18 (7) Am 20. Oktober 2014 veranlasste der Beschuldigte zu demselben Zweck den gesondert verfolgten Ay., über W. einen weiteren Betrag von 850 € an "Se." zu überweisen.

19 (8) Am 12. November 2014 erbat A. vom gesondert verfolgten Ay. die Überweisung von 200 €, die dazu dienen sollten, dem als "Bruder Öm." bezeichneten, bereits im Oktober 2014 aus der Türkei nach Syrien ausgereisten Bruder des A. sowie einem weiteren Jihadwilligen die Weiterreise zu Junud ash-Sham zu ermöglichen. Um der Bitte nachzukommen, veranlasste der Beschuldigte am 14. November 2014 die Überweisung eines Geldbetrages in unbekannter Höhe an einen Empfänger in der Türkei, worüber A. von Ay. am selben Tage informiert wurde.

20 (9) Am 27. November 2014 überwies der gesondert verfolgte Ay. auf Veranlassung und im Beisein des Beschuldigten über W. einen Geldbetrag von 800 € an A. , der sich zu dieser Zeit zum Zwecke der Schleusung von Kämpfern für Junud ash-Sham nach Syrien in der Türkei aufhielt. Die von den Berliner "Brüdern" gesammelte Summe war absprachegemäß für die Unterstützung zu schleusender Personen bestimmt. A. bestätigte deren Erhalt am Folgetag.

21 b) Dieses Tatgeschehen wird im Sinne eines dringenden Tatverdachts belegt durch die im Haftbefehl des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs ausführlich dargestellten und zutreffend gewürdigten Ergebnisse der bisherigen Ermittlungen. Der Senat nimmt insoweit auf IV. der Haftbefehlsgründe (Ausfertigung S. 14 bis 18) Bezug.

22 c) Danach ist der Beschuldigte jedenfalls dringend verdächtig, durch acht rechtlich selbständige Handlungen - oben a) Fälle (1) bis (3) und (5) bis (9) - eine terroristische Vereinigung im Ausland außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstützt zu haben (§ 129a Abs.1 Nr. 1, Abs. 5 Satz 1, § 129b Abs. 1 StGB). Da dies die Fortdauer der Untersuchungshaft trägt, lässt der Senat offen, ob im Falle (4) bereits die Zusage - eine Beschaffung der Gegenstände lässt sich nicht belegen - für die Organisation von objektivem Nutzen war (vgl. BGH, Beschluss vom 19. Mai 2005 - StB 3/05, BGHR StGB § 129a Abs. 5 Unterstützen 1). Ebenso wenig muss der Senat der Frage nachgehen, ob das Handeln des Beschuldigten in den Fällen (1) bis (3) und (5) bis (9) allein schon wegen der Ziele von Junud ash-Sham den erforderlichen konkreten Bezug zur Begehung einer Straftat im Sinne des § 89a Abs. 1 StGB aufwies (vgl. BT-Drucks. 16/12428 S. 15) und deshalb, wie im Haftbefehl des Ermittlungs-

richters des Bundesgerichtshofs angenommen, rechtlich auch als Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat nach § 89a Abs. 1, Abs. 2 Nr. 4 aF StGB zu bewerten ist.

23 d) Die nach § 129b Abs. 1 Satz 2 und 3 StGB erforderliche Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit der ausländischen terroristischen Vereinigung "Junud ash-Sham" hat das Bundesministerium der Justiz am 28. März 2014 allgemein erteilt.

24 2. Es besteht der Haftgrund der Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO).

25 Der Beschuldigte hat wegen des ihm vorgeworfenen Tatgeschehens mit nicht unerheblichem Freiheitsentzug zu rechnen. Seine bestehenden sozialen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland erscheinen nicht tragfähig genug, um den hiervon ausgehenden Fluchtanreizen verlässlich entgegenwirken zu können. Der Beschuldigte ist türkischer Staatsangehöriger. Er ist dringend verdächtig, bereits in der Vergangenheit über die Türkei auf dem Landweg nach Syrien ausgereist zu sein, um Kontakt zu Mitgliedern von Junud ash-Sham zu suchen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist auch davon auszugehen, dass der Beschuldigte eng in ein Netzwerk Gleichgesinnter eingebunden ist, das bis in die Türkei und nach Syrien reicht und dem insbesondere die Schleusung Ausreisewilliger nicht fremd ist. Es spricht alles dafür, dass der Beschuldigte bei der Umsetzung von Fluchtabsichten sicher mit einer effektiven Unterstützung durch dieses Netzwerk rechnen könnte.

26 Vor diesem Hintergrund kann der Zweck der Untersuchungshaft auch nicht durch weniger einschneidende Maßnahmen als deren Vollzug erreicht werden (§ 116 Abs. 1 StPO).

- 27 3. Die besonderen Voraussetzungen für die Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate hinaus (§ 121 Abs. 1 StPO) liegen vor. Die besondere Schwierigkeit und der Umfang des Verfahrens haben ein Urteil bislang noch nicht zugelassen.
- 28 Zeitgleich mit der Festnahme des Beschuldigten am 16. Januar 2015 wurden in dem zunächst von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89a StGB) geführten Ermittlungsverfahren mehrere Objekte in Berlin durchsucht. Die Auswertung der dabei sichergestellten umfangreichen Asservate und die weiteren Ermittlungen ergaben erstmals Hinweise auf Unterstützungshandlungen zu Gunsten von Junud ash-Sham als konkreter Organisation, weshalb die Generalstaatsanwaltschaft Berlin das Verfahren am 4. Juni 2015 dem Generalbundesanwalt zur Prüfung der Übernahme vorlegte. Der Generalbundesanwalt hat das Verfahren am 26. Juni 2015 übernommen. Nach seiner Einschätzung kann die Auswertung der Asservate in Kürze abgeschlossen und danach Anklage erhoben werden.
- 29 Das Verfahren ist danach mit der in Haftsachen gebotenen Beschleunigung geführt worden.

30 4. Der weitere Vollzug der Untersuchungshaft steht auch nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache und der im Falle einer Verurteilung zu erwartenden Strafe.

Becker

Hubert

Mayer